

Das wurde auch



Junge Eritreer lernen Deutsch in einem Schulzimmer

Zeit!

Lange kümmerten sich die Kantone kaum um ihre minderjährigen Asylbewerber. Nun wurde der politische Druck zu groß **VON ALINE WANNER**

Am Montag ist Najad, 16 Jahre alt, aus Somalia, in ihrem neuen Leben angekommen. Abt-Beda-Strasse, 9245 Oberbüren, St. Gallen. Das Asylzentrum Thurhof ist nun ihr Zuhause. Wie ihre 124 Mitbewohner flüchtete Najad ohne Eltern in die Schweiz. Sie hofft im Thurhof auf ein bisschen Platz für sich, Taschengeld, Freizeit. Und darauf, vielleicht auch einmal mit einer Ausbildung zu beginnen, einen Beruf erlernen zu können.

Im vergangenen Jahr kamen so viele unbegleitete minderjährige Asylsuchende (UMA) in die Schweiz wie nie zuvor. 2736 von ihnen zählte das Staatssekretariat für Migration bis Ende Dezember; das sind fast 2000 mehr als im Vorjahr. Seit Frühling 2015 müssen deshalb alle Kantone nach einem entsprechenden Verteilungsschlüssel junge Flüchtlinge aufnehmen.

In vielen, besonders den kleinen Kantonen, gibt es allerdings keine speziellen Betreuungsangebote für die Jugendlichen. Also werden sie behandelt wie erwachsenen Asylsuchende. Manche leben in anonymen Zentren, in Zivilschutzanlagen und sind ganz auf sich selbst gestellt. Fast ohne Tagesstruktur.

Anfang des Jahres kritisierte der Kinderrechtsausschuss der UN die Schweiz für ihren Umgang mit den UMA. Die Kantone gingen derart unterschiedlich mit ihnen um, dass es allein dem Zufall überlassen wurde, ob die Kinder und Jugendlichen altersgerecht betreut würden.

Darauf erließ die Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren (SODK) mehrere Empfehlungen. Sie forderte: Unbegleitete minderjährige Kinder und Jugendliche sollen nicht länger als Erwachsene behandelt werden. Sondern als das, was sie sind: Kinder und Jugendliche.

Auch in St. Gallen soll die Betreuung der UMA nun verbessert werden. Ab nächstem Jahr sind die Gemeinden und nicht mehr der Kanton für die UMA zuständig. Ob das für Najad und ihre 124 Mitbewohner eine gute Nachricht ist, wird sich zeigen. Klar ist: Sie können nicht im Thurhof bleiben, weil der Kanton das Zentrum anders nutzen wird. Bald müssen die Bewohner umziehen. Wohin, das ist noch unklar.

Die minderjährigen Asylsuchenden leben in St. Gallen seit Monaten unter schwierigen Bedingungen. Heimleiter Markus Laib versucht den Alltag der oft traumatisierten jungen Menschen mit seinen wenigen Mitarbeitern so sinnvoll wie möglich zu

gestalten: Es gibt einen Ämtdiplan, im Garten können sie Fußball spielen, im provisorischen Klassenzimmer erhalten sie erste Deutschlektionen.

Als die ZEIT im vergangenen Herbst den Thurhof besuchte, ging kaum ein Flüchtling in eine öffentliche Schule. Ihre Deutschkenntnisse waren zu schlecht, ihre Zukunft zu ungewiss, als dass die Behörden sie regulär einschulen wollten. Denn sind die UMA erst einmal volljährig, müssen sie in eine andere Gemeinde umziehen. Meist in eine Wohnung mit anderen Asylsuchenden – und leben von Sozialhilfe. So ist die Chance verschwindend klein, dass sie eine Ausbildung machen und sich in der Schweiz integrieren können.

Roger Hochreutener will das nun ändern. Der Gemeindepräsident von Eggersriet ist gleichzeitig Geschäftsführer der Vereinigung der St. Galler Gemeindepräsidenten und versucht für die jungen Flüchtlinge bessere Perspektiven zu schaffen: »Die Jugendlichen sollen eine Berufsausbildung abschließen.«

Hochreutener sucht deshalb für die Gemeinden nach einem neuen Standort für ein UMA-Zentrum, wo die Jugendlichen künftig nach ihrer Ankunft leben können. Wer eine Ausbildung beginnt, soll möglichst schnell in einer Pflegefamilie oder in einer begleiteten Jugend-WG platziert werden. So

lautet sein ambitionierter Plan. Eine Vertrauensperson soll den Kindern und Jugendlichen zur Seite stehen. Und, im Gegensatz zu heute, ein externer Beistand, der sie dabei unterstützt, sich im neuen Leben zurechtzufinden. Ihnen hilft, sich auf einen Ausbildungsplatz zu bewerben, ihnen persönliche Fragen beantwortet und sich ihrer Sorgen und Ängste annimmt. Hochreutener ist zuversichtlich: »Wenn die Jugendlichen wollen, dann finden wir einen Platz für sie, dafür werden wir schon sorgen.«

Nicht nur in St. Gallen will man sich nun besser um die unbegleiteten Jugendlichen kümmern. Im aargauischen Menziken zogen Anfang Juli sechzig Jugendliche ins ehemalige Restaurant Sternen ein. Es ist nach Aarau und Suhr bereits die dritte Unterkunft für Minderjährige im Kanton Aargau. Weitere werden folgen. Doch auch hier stellt sich das Problem, dass viele Jugendliche bei ihrer Ankunft bereits 15 oder 16 Jahre alt sind. »Es ist schwierig, sie noch regulär einzuschulen«, sagt Balz Bruder, Mediensprecher des Departementes für Gesundheit und Soziales. Es bleibt den Jugendlichen nur, abzuwarten. Immerhin können 16- bis 18-Jährige ab dem nächsten Sommer die Kantonale Schule für Berufsbildung besuchen.

Was in Menziken der Sternen, ist in Immensee, im Kanton Schwyz, das Missionshaus Bethlehem.

Ab Anfang August bietet es 50 UMA ein neues Zuhause. »Damit können die spezifischen Anforderungen an die Unterbringung von Kindern und Jugendlichen erfüllt werden«, schreibt das Volkswirtschaftsdepartement.

Es tut sich was. Diesen Eindruck hat man auch bei der Schweizerischen Stiftung des Internationalen Sozialdienstes, welche die Kantone bei ihren Bemühungen unterstützt. Die NGO engagiert sich für die Rechte von Flüchtlingskindern. Sie will, dass die UMA möglichst bald in allen Kantonen dieselbe Betreuung erfahren. Dazu möchte sie auch den Austausch unter den Kantonen fördern. Es brauche vor allem mehr Angebote für Jugendliche, die mit einer Berufsausbildung beginnen sollten. Vielerorts fehlt es an Übergangslösungen nach der obligatorischen Schulzeit. Wichtig sei auch, möglichst individuelle Betreuung anzubieten, die nicht einfach ende, sobald die Jugendlichen volljährig würden. Und: Um sich zu integrieren, würden die Jugendlichen vor allem auch Bezugspersonen vor Ort brauchen.

Oder wie die SODK in ihren Empfehlungen schreibt: Unbegleitete minderjährige Kinder und Jugendliche sind in erster Linie als Kinder und Jugendlichen zu behandeln. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit.

NORD-SÜD-ACHSE

Die Anti-Politiker regieren

Aber keine Angst, sie tun der Demokratie gut **VON TITO TETTAMANTI**

Wenn ich dieser Tage nach Italien schaue und die Erfolge von Beppe Grillo und seinem Movimento 5 Stelle sehe, fühle ich mich ins Tessin der 1990er Jahre zurückversetzt. An die Zeit, als der Aufstieg der Lega dei Ticinesi begann.

Doch der Reihe nach. Da wird in Rom eine erst 37-jährige, unbekannte Rechtsanwältin zur Stadtpräsidentin gewählt. In Turin tritt eine junge Managerin das Erbe des alleseits geschätzten Kommunisten Piero Fassino als Stadtpräsidentin an. Und in Mailand portieren die traditionellen Parteien zwei Manager als Kandidaten, die keinerlei politische Erfahrung haben. Die Parteien wissen: Nur so können wir den Posten des Stadtpräsidenten retten.

Italien erlebt zurzeit den Triumph der Antipolitiker. Die Grillini, wie sie auch genannt werden, vertreten keine Ideologie. Sie sind weder rechts noch links. Sie sagen nur: *Basta!* Also weg mit den Ministern, Parlamentariern und anderen politischen Vertretern, die in Korruptionsfälle verstrickt sind. Fertig mit den Privilegien der elitären Kasten – nicht nur der politischen. Schluss mit der ganzen Vetterwirtschaft.

So wie in Turin, wo seit Jahrzehnten die immer gleiche Allianz das Sagen hatte: Hier die Fiat-Familie Agnelli und die mit ihr verbandelten Zulieferbetriebe. Dort die Kommunisten der alten Garde, die auch den Stadtpräsidenten stellten, und die Gewerkschafter. Man schachtete sich gegenseitig Posten und Pöstchen zu, saß in den Aufsichtsräten von Banken oder Stiftungen. Nun aber sagte das Volk: *Basta!* Und wählte die Kandidatin des Movimento 5 Stelle. Erfolg hat die Bewegung, weil sie praktisch keine traditionelle Struktur hat. Sie kennt keine Versammlungen, keine Delegierten. Die Kandidaten werden allesamt im Internet nominiert.

Vor allem aber beweisen die Siege von Beppe Grillos Bewegung, wie sehr das Establishment, die Institutionen und Parteien in Italien versagt haben. Vielleicht ist die Antipolitik tatsächlich ein gefähr-

licher, aber gangbarer Weg, um weiter Politik mit neuen, unbelasteten Köpfen zu machen.

Vor 25 Jahren herrschte im Tessin eine ähnliche Stimmung. Damals, als zwei archaische Typen eine antipolitische Bewegung ins Leben riefen: Giuliano Bignasca und Flavio Maspoli. Der eine war ein Bauunternehmer, der sich oft und gerne mit Verwaltungen und Gerichten anlegte – und immer im Streit mit seinen Gläubigern lag. Der andere war ein interessanter Journalist, ein umtriebiger Verleger und Kabarettist.

Was im Tessin als Protestpartei begann, ist längst etabliert. Mit zwei Regierungsräten hat die Lega dei Ticinesi die relative Mehrheit in der Regierung. In Lugano stellt sie den Stadtpräsidenten. Im Kantonsparlament ist sie mit 22 Sitzen vertreten – und dazu mit unzähligen Mandaten in Gemeinden. Viele Lega-Politiker sind anständige Leute, keine Rabauken. 30 Prozent der Tessiner Wähler fühlen sich dank ihnen vertreten, und sie sind überzeugt, dass ihre Belange nicht mehr vergessen werden. Dazu kommt ein erfreulicher Nebeneffekt: Die traditionellen Parteien fühlen sich durch die Konkurrenz herausgefordert und müssen sich stärker anstrengen, wollen sie das verlorene Terrain eines Tages wieder zurückerobern.

Bevor die ZEIT-Leser nun empört aufschreien: Natürlich, die Sprüche und Sprache der Lega waren oft inakzeptabel. Maspoli wie Bignasca waren keine Chorknaben. Der eine soff und rauchte Kette. Der andere kokste und schoss aus Freude über einen Wahlerfolg auch mal von seiner Terrasse mit dem Sturmgewehr in den Himmel. Viel wichtiger aber ist, dass Bewegungen wie die Lega oder 5 Stelle den demokratischen Prozess weiterleben lassen. Nun müssen die italienischen Antipolitiker nur endlich auch Politik machen. Ohne Wasser kann man nämlich nicht kochen.

Nächste Woche in unserer Kolumne »Nord-Süd-Achse«: Die Basler SP-Ständerätin Anita Fetz



Tito Tettamanti ist Finanzier. Er lebt im Tessin

ANZEIGE

TAGESSPIEGEL



charta der vielfalt

Die 5. Konferenz für Vielfalt

am 10. und 11. November 2016 im Tagesspiegel-Haus in Berlin

Wirtschaft braucht Vielfalt. Wie sieht die Praxis aus?

Auf der Konferenz „Diversity 2016“ stehen die praktischen Erfahrungen von Unternehmen und Organisationen mit Vielfalt im Mittelpunkt. Es erwarten Sie Keynotes aus Politik und Wirtschaft und Workshops, die zeigen

- wie man unbewusste Vorurteile überwindet
- welche Vorteile barrierefreie Services und Dienstleistungen für alle bieten
- wie man alle Zielgruppen in der Kommunikation erreicht
- und welche Trends im Diversity-Management für Organisationen relevant sind

Was die Zukunft bringt

Bei „Visions of Diversity“ stellen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Kurzvorträgen ihre Vision für das Diversity-Management der Zukunft vor. Und die „Diversity-Debatte“ liefert einen unterhaltsamen Schlagabtausch zu relevanten Streitfragen mit Tempo und Argumenten.

Jetzt sichern: Teilnahme, Unternehmenspräsenz

Wegen begrenzter Plätze empfehlen wir, sich zeitnah anzumelden. Fragen zu Ihrer Firmenpräsenz beantwortet Ihnen Nadja Holzmaier unter Tel. (030) 29021-15529 oder per Mail diversity@tagesspiegel.de.

Teilnahme und weitere Infos unter www.diversity-konferenz.de